

FDP Frankfurt am Main

BEBAUUNGSPLAN ALTES POLIZEIPRÄSIDIUM

07.11.2016

Die FDP-Römerfraktion hat den Magistrat in einem Antrag aufgefordert, für das Areal des ehemaligen Polizeipräsidiums einen neuen Bebauungsplan aufzustellen mit dem Ziel, die längst überfälligen städtebaulichen Entwicklung dieses Gebietes endlich voran zu treiben.

Elke Tafel-Stein, planungspolitische Sprecherin: "Der seit dem Jahr 2001 gültige Bebauungsplan umfasst neben Teilen des Messegeländes und des früheren Hauptgüterbahnhofes auch das Grundstück des ehemaligen Polizeipräsidiums. Der Eigentümer, das Land Hessen versucht seit Jahren vergeblich, einen Käufer für Grundstück und Gebäude zu finden. Der gültige Bebauungsplan bietet unter anderem die Möglichkeit, auf dem als Kerngebiet ausgewiesenen Gelände einen 145 Meter hohen Büroturm zu errichten. Nicht zuletzt die überhöhten Preisvorstellungen des Landes haben die Entwicklung dieses in sehr zentrale Lage befindlichen Grundstücks seit Jahren verhindert. Das alte Präsidium steht teilweise unter Denkmalschutz und rottet immer weiter vor sich hin. Die Bausubstanz verfällt zunehmend. Trotz des in Frankfurt vorhandenen Marktes für hochpreisige Gewerbeimmobilien wird es auch bei sinkenden Ertragsvorstellungen des Landes nicht einfach werden, eine Büroimmobilie mit 145 m Höhe zu realisieren. Gleichzeitig ist der Bedarf an Wohnraum in einer Weise gestiegen, so dass es nahe liegt, eine Bebauungsplanänderung vorzunehmen. Statt einem Kerngebiet, das Wohnen nahezu ausschließt, sollte ein Mischgebiet ausgewiesen werden, um neben Gewerbe auch in angemessenem Umfang Wohnnutzung zu ermöglichen. Hierzu sollte auch die Gebäudehöhe von 145 Metern deutlich reduziert werden. Um dieses Areal zu entwickeln, muss das Land Zugeständnisse machen und die Stadt seine Planungsoptionen endlich nutzten. Ansonsten werden wir wohl bis zum Sankt Nimmerleinstag warten müssen bis sich endlich was Substanzielles tut".